



Thema	Abstimmungsempfehlung der Grünliberalen SZ für den 09. Februar 2014
Für Rückfragen	Pietro Imhof Mobile +41 79 684 10 06
Absender	Grünliberale Partei Kanton Schwyz Mobile +41 79 684 10 06, eMail pietro.imhof@grunliberale.ch www.sz.grunliberale.ch
Datum	15. Januar 2014

Abstimmungsempfehlung der Grünliberalen Kanton Schwyz für den 09. Februar 2014

Die Grünliberalen Kanton Schwyz empfehlen, die Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“ anzunehmen und die beiden Volksinitiativen „Gegen Masseneinwanderung“ und „Abtreibung ist Privatsache“ abzulehnen.

Am 1. trüff glp SZ wurde die FABI-Vorlage und die beiden Volksinitiativen von Nationalrat Roland Fischer und von den beiden Mitgliedern Hugo Kaiser und Markus Weber präsentiert und danach unter der Leitung des Vizepräsidenten der glp SZ, Pietro Imhof ausgiebig diskutiert. Im Anschluss an die Diskussion haben die anwesenden Mitglieder der Grünliberalen Kanton Schwyz die Abstimmungsempfehlungen beschlossen.

JA zur Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)

Die Grünliberalen Kanton Schwyz sehen im öffentlichen Verkehr eine wichtige Basis um die heutige und zukünftige Mobilität sinnvoll zu bewältigen. Dieser muss aber auch finanziert werden. Mit FABI wird ein Bahninfrastrukturfonds gebildet, welcher langfristig und transparent geäufnet wird. Das Geld dient dazu, bis im Jahre 2050, Massnahmen von rund 40 Milliarden Franken zu finanzieren. Beispielsweise gibt es ein höheres Angebot an Zügen und die S-Bahnen werden ausgebaut. Zudem bekommt auch der Güterverkehr mehr Kapazitäten. Nicht nur der Ausbau sondern auch die Instandhaltung der Eisenbahninfrastruktur wird mit dieser Finanzierung langfristig sichergestellt. Die Bahninfrastruktur im Kanton Schwyz wird von solchen Massnahmen ebenfalls profitieren. Die Grünliberalen sagen Ja zu dieser zukunftsweisenden Vorlage für den öffentlichen Verkehr in der Schweiz.

Nein zur Volksinitiativen „Gegen Masseneinwanderung“

Die Grünliberalen Kanton Schwyz erachten die Volksinitiativen „Gegen Masseneinwanderung“ als ungeeignetes Mittel die Probleme im Zusammenhang mit der Zunahme der Wohnbevölkerung in der Schweiz zu lösen. Die Initiative zielt explizit gegen das Freizügigkeitsabkommen mit der EU, welches gemäss den Initianten neu verhandelt werden müsste. Der Grundsatz der Personenfreizügigkeit ist jedoch aus der Sicht der EU nicht verhandelbar, d.h. das Freizügigkeitsabkommen müsste mit grösster Wahrscheinlichkeit gekündigt werden. Aufgrund der «Guillotine-Klausel» würden als Folge einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens auch die anderen Verträge der Bilateralen I aufgehoben. Die Grünliberalen sind sich der negativen Auswirkungen der Zuwanderung bewusst und stellen sich der Herausforderung nachhaltigen und liberalen Lösungen zu suchen. Zum Beispiel: beim Arbeitsmarkt müssen griffigere flankierende Massnahmen geschaffen und umgesetzt werden, bei der Raumplanung und beim Wohnungsbau muss der Verlust von Kulturland gebremst werden, bei den Sozialwerken müssen Missbräuche wirkungsvoll verhindert werden.

Nein zur Volksinitiativen „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“

Die Grünliberalen Kanton Schwyz vertreten die Meinung, dass die Volksinitiativen „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ das Solidaritätsprinzip untergräbt welches die Grundlage unseres Gesundheitswesens ist. Die Initiative ist ein Angriff auf die Errungenschaft der Fristenregelung und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Dabei werden die Frauen bestraft indem Sie allein für die Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aufkommen müssen und die Männer werden aus Ihrer finanziellen Verantwortung entlassen.